

DEMOVERSION

Müssen wir uns Sorgen um unseren Bürgermeister machen?

Das er die UWG angreift – und dies auch noch über die Presse – das kennen wir schon. Auch das er dazu andere Parteien mit ins Boot nimmt ist nichts Neues. Jetzt vergisst er aber noch wichtige Details und behauptet das Gegenteil. Dies lässt uns verwundern.

Uns wird unterstellt, das wir nicht mitarbeiten, entscheidenden Sitzungen fernbleiben und uns nicht beteiligen und das auch noch bei so wichtigen Themen wie der K 9n die auf der alten Trasse der “gestorbenen” B 474n verlaufen soll. Wer soll das Glauben?

Herr Himmelmann, wenn Sie uns schon nicht zuhören können und auch nicht unter www.uwg-olfen.de nachlesen wollen, dann sollten Sie wenigstens Ihre Sitzungsniederschriften lesen – z. B. 27. Januar 2004, Thema K 9n, nichtöffentlicher Teil!

Hier geht es ausführlicher weiter

Die UWG kann die geballte Kritik des Bürgermeisters und der anderen Ratsfraktionen nicht nachvollziehen. Die Behauptungen, die dort über die Rats- und Ausschussarbeit der UWG aufgestellt werden, sind schlichtweg falsch. Völlig unverständlich ist uns, wieso der Bürgermeister gerade die Diskussion um die K9n als abschreckendes Beispiel unserer Gremienarbeit aufführt. Die UWG hat Ende September letzten Jahres einen Antrag auf den Bau einer ortsnahen und damit effektiven Erschließungsstraße gestellt. Dieser Antrag wurde in der Ratssitzung am 16. Oktober von der Ratsfraktion der UWG begründet und zur Diskussion gestellt. Abgestimmt wurde über diesen Antrag nicht, er wurde vom Bürgermeister und der CDU-Fraktion zerredet und, wie viele Anträge der UWG in den letzten Jahren auf Eis gelegt. Sechs Wochen später wussten wir warum: Der Bürgermeister und alle Ratsfraktionen außer der UWG arbeiteten bereits hinter verschlossenen Türen an ihrer eigenen Straße. Diese wurde dann eilig am 27. November beschlossen, obwohl an der Effektivität der nicht sehr ortsnahen Straße auf der Trasse der B 474n große Zweifel in der Bürgerschaft laut wurden. Mittlerweile hatten wir dem Bürgermeister auch Pläne zur Verfügung gestellt, die den ungefähren Verlauf der Entlastungsstraße skizzierten. Trotz der unübersehbaren Entlastungsfunktion dieser Straße sowohl für den Eckernkamp, als auch für den Ost-West-Verkehr auf der Bilholtstraße, legte die Verwaltung in ihrem Beschlussvorschlag den Ratsmitgliedern die Ablehnung unseres Vorschlags nahe. Es ist auch unverständlich, warum uns jetzt schon zum wiederholten Male vorgeworfen wird, dass wir an dieser Ratssitzung nicht teilgenommen haben. Wir haben unseren Vorschlag ja bereits in der Ratssitzung am 16. Oktober eingehend erläutert. Warum hätten wir das jetzt, wo von vorneherein feststand, dass die Bürgermeisterstraße beschlossen werden würde, noch einmal tun sollen? Warum haben der Bürgermeister und die anderen Fraktionen bis zu diesem Tag so getan, als würden sie immer noch an der B 474 n festhalten, obwohl sie bereits seit längerem an einer anderen Lösung arbeiten? Hier sollten Sie mal einen Blick in die Gemeindeordnung werfen, die sagt, dass die Bürger zu einem frühen Zeitpunkt über wichtige kommunale Entscheidungen informiert und, z.B. bei einer Einwohnerversammlung, angehört werden sollen. Bei der K9n lief diese Unterrichtung folgendermaßen ab: Fünf Tage vor der Ratssitzung wurde der bereits in allen Details ausgearbeitete Bürgermeistervorschlag in der Presse veröffentlicht. Dort erst erfuhr der Bürger, dass bereits Fördermittel beantragt wurden, Gespräche mit dem Land und dem Kreis stattgefunden haben und eine Einigung zwischen den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP mit dem Bürgermeister zustande gekommen ist. Der Bürger wurde also mal wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Erinnerungen an die Vorgehensweise beim Beschluss über den Neubau des K&K-Marktes wurden wach. Ganz dreist war dann, dass die UWG-Fraktion, die bei solchen Gesprächen ja nur gestört hätte, außen vorgelassen wurde. Herr Himmelmann, wenn Sie uns in den Rats- und Ausschusssitzungen schon nicht zuhören, dann lesen Sie doch bitte die dazugehörigen Niederschriften. Daraus ergibt sich z.B. auch, dass unser Ausschussmitglied Jürgen Müller in der Bauausschusssitzung am 27. Januar, den Antrag gestellt hat, den Untersuchungskorridor für die Trasse der K9n bis zum Springenkamp

DEMOVERSION

zu erweitern. Erst nach langem Kampf konnte Jürgen Müller eine Abstimmung über diesen Antrag erreichen. Die CDU weigerte sich, ähnlich wie beim Antrag auf eine Entlastungsstrasse, diesen Vorschlag inhaltlich zu diskutieren. Hieraus wird deutlich, dass der Bürger viele Informationen gar nicht bekommen würde, wenn die UWG sie nicht veröffentlichen würde. Aus ihrer Kritik wird deutlich, dass das dem Bürgermeister und der Mehrheitsfraktion nicht gefällt. Aber wir sehen uns hier dem Bürger verpflichtet. Demokratie ist nicht bloße Vertretung des Bürgers, sondern Vertretung nach dem Willen des Bürgers. Wer den Bürger aber dumm sterben lässt, kennt seinen Willen gar nicht und kann ihn auch nicht auf demokratischem Weg vertreten. Auch so kann man sich dem Wählerauftrag entziehen. Warum und weshalb klick hier! unter anderem 27.11.03
23.10.2003 [Klick hier](#)